

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/177

16. September 1971

Die natürlichste Sache der Welt

Zur Reise des Bundeskanzlers in die
Sowjetunion

Von Rüdiger Freiherr von Wechmar
Sprecher der Bundesregierung

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Die CDU als GmbH

Gesellschaftspolitik - die Achillesferse
der Unionsparteien

Von Helmut Rohde SPD-MdB
Staatssekretär im Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9103
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 98
Telex: 888 848 888 847
888 848 888 847

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die natürlichste Sache der Welt

Zur Reise des Bundeskanzlers in die Sowjetunion

Von Rüdiger Freiherr von Wechmar

Sprecher der Bundesregierung

Bei dem ebenso unnötigen wie unnützen Hin und Her über manche Äußerlichkeiten im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in die Sowjetunion sind die Sachgegenstände bedauerlicherweise in den Hintergrund getreten, die im Mittelpunkt der Begegnung mit Generalsekretär Breschnjew stehen werden.

Hinter Redaktionsgemachten "Problemen" über die Form der sowjetischen Einladung, Zahl und Namen der Begleiter des Kanzlers, Rang und Zusammensetzung der sowjetischen Gesprächsdelegation, Flugroute und die Herstellung der Öffentlichkeit der Gespräche durch die Anwesenheit deutscher Journalisten sind die zur Diskussion stehenden Themen leider zunächst verblaßt. Das vordergründige Beiwerk hat die Erörterung der Sachthemen erstickt und zu allerlei unbegründeten Gerüchten geführt. Das ist betrüblich.

Nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im August vorigen Jahres war sich alle Welt darüber klar, daß diese Vereinbarung einen wesentlichen Beitrag zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion leisten würde. Seither ist einiges passiert: Die Vier Mächte konnten sich in Berlin über ein Rahmenseitensabkommen verständigen, das noch der Ausfüllung durch Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin bedarf. Jedermann wußte, daß diese Beratungen schwierig sein würden. Seit den Tagen von Moskau hat es zahlreiche Kontakte im bilateralen Bereich gegeben, zu denen auch Reisen von Kabinettsmitgliedern in die Sowjetunion beigetragen haben. Die NATO hat im Dezember 1970 in Brüssel und im Juni 1971 in Lissabon auf den Moskauer Vertrag ausdrücklich Bezug genommen und die Weichen für den künftigen Dialog zwischen Ost und West gestellt.

Auf diesem Hintergrund muß es jedem Einsichtigen als die natürlichste Sache der Welt erscheinen, wenn der Regierungschef in Bonn eine Einladung der sowjetischen Führungsspitze zu einem Meinungsaustausch akzeptiert, der beiden Seiten Gelegenheit geben wird, eine Bilanz der Beziehungen und der bisherigen Entwicklung zu ziehen. Dabei werden zweiseitige und multilaterale Themen in Vordergrund stehen. So stellt sich beispiels-

weise die Frage, ob die wegen der noch ausstehenden Berlin-Regelung zunächst nicht abgeschlossenen Beratungen über ein Handelsabkommen und Vereinbarungen auf wissenschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet nicht zu Ende geführt werden könnten, sobald die Vier Mächte ihre Unterschrift unter das Schlußprotokoll des Berlin-Abkommens gesetzt haben. Brandt wird deshalb von seinen Gesprächspartnern zu erfahren versuchen, ob diese wichtigen Schritte in Richtung auf eine weitere Normalisierung unserer Beziehungen nicht schon getan werden könnten, ehe der Moskauer Vertrag ratifiziert ist.

Natürlich wird sich der Bundeskanzler auch nicht einer Erörterung der künftigen Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR entziehen, ein Gegenstand, der auch schon in den sogenannten Moskauer Absichtserklärungen behandelt worden ist. Die Notwendigkeit, das Rahmenabkommen über Berlin auszufüllen, bietet hierfür zusätzlichen Gesprächsstoff.

Im multilateralen Bereich hatte die NATO ihre Mitgliedsstaaten bereits ermuntert, zweiseitige Kontakte zu nutzen, um von den Sowjets herauszufinden, wie sie es denn mit der Konferenz über die Sicherheit in Europa und mit der angestrebten Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Zukunft halten wollen. Nichts spricht dagegen, daß der Bundeskanzler diesem Beschluß der Atlantischen Allianz Rechnung trägt.

Manche Kommentatoren machen es sich zu leicht, wenn sie hinter dem Umstand, daß Brandts Hauptgesprächspartner Breschnew heißt, negativ Einschränkendes vermuten. Die Republik Frankreich mit ihrer großen Erfahrung und Tradition in der internationalen Diplomatie war von solchen Bedenken jedenfalls nicht geplagt als sie den Generalsekretär der KPdSU zu einem offiziellen Besuch nach Paris eingeladen hat, einem Parteichef, der im übrigen auch noch Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets ist und somit eine wichtige Funktion im Staatsapparat der UdSSR ausübt.

Zum Prozeß der Normalisierung zwischen Staaten gehört es in aller Welt, daß sich die führenden und im Staatsapparat verantwortlichen Persönlichkeiten von Zeit zu Zeit zu einer Aussprache begegnen. Seit Moskau ist mehr als ein Jahr vergangen. Die Normalisierung zwischen unseren beiden Ländern ist auf gutem Wege. Wer daher glaubt, er müsse in die Gesprächsrunden auf der Krim mehr hineingeheimnissen als zulässig, sieht entweder diese Zusammenhänge nicht richtig oder es mangelt ihm an gutem Willen. (-/wz/16.9.1971/bgy)

+ + +

Die CDU als GmbH

Gesellschaftspolitik - die Achillesferse der Unionsparteien

Von Helmut Rohde SPD-MdB

Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Wer dem vielzitierten politischen Selbstverständnis der CDU auf die Spur kommen will, der sollte sich die Mühe machen, die Reden und anderen Dokumentationen der Koblenzer Tagung der CDU-Sozialausschüsse und des Bremer Mittelstandskongresses dieser Partei gegenüberzustellen. Bei einem vergleichenden Lesen wird er schnell herausfinden, daß man sich offensichtlich in diesem politischen Lager selbst nicht mehr versteht. Während die Sozialausschüsse sich in Koblenz im "Linksüberholen" üben wollten, fuhr der Mittelstandskongreß hart am Rande des rechten Grabens der deutschen Politik.

Es kann nicht mehr davon gesprochen werden, daß es sich hierbei um die in einer demokratischen Partei üblichen Meinungsunterschiede in Sachfragen handelt. Vielmehr werden ganz unterschiedliche gesellschaftspolitische Konzeptionen sichtbar. Was die Sozialausschüsse unter sozialer Ausgestaltung der Gesellschaft verstehen, hält der Mittelstandskongreß der CDU offenbar schon für einen Marsch in die Sozialisierung. Während draußen im Land die Sozialausschüsse Flugblätter für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz verbreiten, sehen die Parteimitteändler der CDU in dem, was in dieser Sache jetzt zur Beratung im Bundestag vorliegt, nicht viel anderes als "Wirtschaftsfeindlichkeit".

In der Sprache wie in der Sache, in den Auffassungen wie im Milieu, ist zwischen Koblenz und Bremen keine Gemeinsamkeit zu erkennen. Einig ist man sich nur in einem: auf die amtierende Bundesregierung zu schimpfen. Was dem einen zuviel ist, ist dem

anderen zu wenig. Auf dem Boden der Negation ist aber schwerlich die Politik einer Partei zu entwickeln. Das Spiel der CDU-Gruppierungen, mit Angriffen auf die Bundesregierung ihre eigenen prinzipiellen Auffassungsunterschiede überdecken zu wollen, wird immer durchsichtiger.

Wer Koblenz und Bremen vergleichend liest, bei dem muß sich der Eindruck verstärken, daß die CDU sich als Partei immer mehr zu einer Art GmbH entwickelt, in der die Parteiführung nur eine beschränkte Haftung für die politischen Willenserklärungen der einzelnen Partei-Gruppierungen übernehmen kann. Das ist übrigens auch eine zusätzliche Erklärung für den Hintergrund der heute in aller Breite ausgebrochenen personalpolitischen Auseinandersetzungen um die Führung dieser Partei. Es geht hier nicht nur allein um Sympathie für die eine oder andere Person. In den Kampf um die politische Führung der CDU wirkt auch die Zerrissenheit in gesellschaftspolitischen Grund-satzfragen ein.

Abschließend bleibt noch anzumerken, daß für Koblenz und Bremen genauso wie für den vor einigen Monaten stattgefundenen Wirtschaftstag der CDU festzustellen bleibt, daß es hier uferlose Angriffe auf die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik gab, aber kein eigenes Konzept und keine - wie auch immer geartete - Alternative. Die CDU/CSU steht der gegenwärtigen Phase der wirtschaftspolitischen Entwicklung, die entscheidend durch weltpolitische Sachverhalte und Veränderungen bestimmt ist, ohne konstruktive Vorstellungen gegenüber.

(-/wr/16.9.1971/ks)

+ + +